

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 10/11/12

Oktober—Dezember 1955

1 Schilling

Liebe Genossinnen und Genossen

Am Ende dieses Jahres wollen wir Rückschau halten und uns fragen, welche Aufgaben wir uns gestellt haben und inwieweit es uns möglich war, sie zu erfüllen.

Niemals vergessen wollen wir unsere Opfer. Wir haben beschlossen, alle Feiern und Gedenktage künftighin gemeinsam mit der Partei zu veranstalten. Es bleibt jedoch den Landesgruppen überlassen, auch eigene Feiern durchzuführen.

Zu den noch nicht gelösten Aufgaben gehört es, eine vollständige Aufstellung aller Mahnmale zu schaffen, die im ganzen Land zu Ehren der Opfer des Faschismus errichtet worden sind.

Ebenso erwarten wir noch immer Mitteilungen über jene Friedhöfe, in denen es Gräber von Opfern des Faschismus gibt. Wir erinnern auch daran, daß wir die Geschichte des illegalen Kampfes schreiben wollen und dazu eure Hilfe brauchen. Sendet uns alles Material ein, das vorhanden ist. Jeder Freiheitskämpfer möge aus seinen Erlebnissen eine kurze Darstellung geben und diese über seine Landesorganisation an uns einschicken.

Besonderen Wert legen wir auf illegale Flugblätter, Streuzettel, Bilder, kurz illegale Schriften aller Art. Wir werden den Genossinnen und Genossen das uns zur Verfügung gestellte Material nach der Bearbeitung wieder zurücksenden.

Die Aktion, Bäume für den „Märtyrerwald“ in Israel zu spenden, werden wir abschließen. Wir erinnern jene Landesorganisationen, welche noch keine Spende eingeschickt haben, daran, daß für einen Baum der Betrag von 50 S festgesetzt ist.

Gleichzeitig teilen wir euch mit, daß wir beabsichtigen, im Jahre 1956 eine große Kundgebung der Freiheitskämpfer vorzubereiten. Zu dieser Kundgebung werden die ausländischen Verbände der Opfer des Faschismus eingeladen, und es ist aus Deutschland eine sehr große Anzahl von Widerstandskämpfern zu erwarten.

Die Verhandlungen um die 11. Novelle des Opferfürsorgegesetzes sind noch nicht abgeschlossen; wir werden nach wie vor bestrebt sein, daß Härten aus dem Gesetz verschwinden.

Vor uns liegt viel Arbeit, wenn wir den Opfern des Faschismus und den Hinterbliebenen helfen wollen, was unsere erste Pflicht ist. Wir haben darüber hinaus aber auch die große Verpflichtung, im Rahmen unserer Partei mitzuhelfen, daß Demokratie und Freiheit gesichert werden; wir haben mitzuhelfen, daß unsere wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Errungenschaften nicht angetastet werden. Das Jahr 1956 wird ein Wahljahr werden. Wir Freiheitskämpfer haben die Verantwortung dafür zu tragen, das zu halten und auszubauen, wofür unsere toten Kameraden ihr Leben gaben. Unsere Gemeinschaft, die geworden ist in einer Zeit des Leidens und der heroischen Opfer, und die uns alle verbindet, wird uns die Kraft geben, die schweren Aufgaben der Gegenwart zu lösen.

So senden wir euch allen, liebe Kampfgenossen, im Namen des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer unsere herzlichsten Glückwünsche zum neuen Jahr. Der Partei aber wünschen wir aus tiefstem Herzen

ein siegreiches 1956!

Neue Dimensionen der Demokratie

Die Naturwissenschaften stehen auf der Basis des Freiheitsethos, das das wertvollste und bleibende Gut der Geisteswissenschaft ist. Exakte Wissenschaft gibt es nur in der Freiheit — exakte Wissenschaft begründet und festigt ihrerseits wieder die Freiheit.

Man kann bereits eine lange Reihe der Errungenschaften exakter soziologischer Forschung aufzählen, darunter die naturwissenschaftliche Formulierung des Kulturbegriffes, die Forschungen über die Zusammenhänge von Sprache, Kommunikation und Gesellschaft, die Middletown-Experimente in Amerika, bei denen typische Kleinstädte durehanalysiert wurden, und manches andere. Am bedeutendsten sind aber wohl die Erkenntnisse, die durch die modernen Stichprobenmethoden in der Meinungs- und Zustandsforschung gewonnen wurden.

Das System der Demokratie beruht auf den Annahmen, daß die Wähler wissen, worüber sie beim Wahlgang entscheiden, und daß ihr Urteil das bestmögliche Urteil ist. Auf Grund dieser Annahmen ziehen die Politiker aus Wahlergebnissen den Schluß, daß das Staatsvolk das Programm dieser oder jener politischen Partei gutheißt oder ablehnt und daß es richtig oder falsch ist, dieses oder jenes Programm durchzuführen. Die ersten großen soziologischen Forschungen auf diesem Gebiet — eine davon wurde vom deutschen Demoskopischen Institut diesen Winter abgeschlossen — enthüllen, daß nur ein sehr geringer Prozentsatz der Wähler sich darüber im klaren ist, was das Wesentliche am Programm der Partei ist, für die sie stimmen. Wenn eine solche Meinung vorhanden ist, dann ist sie durchwegs durch Propagandaeinflüsse vor der Wahl hervorgerufen, die zum Teil überraschend oberflächlich sind. Das bedeutet: Die Demokratie befindet sich ununterbrochen in der Gefahr, zu einer demagogischen Diktatur zu werden. Die Volksmeinung, die am Wahltag festgestellt wird, ist zu einem hohen Prozentsatz die Meinung, die von den Propagandaapparaten gemacht wird. Das Wahlsystem allein ist — wie oft haben wir es erlebt! — noch lange keine Garantie für eine demokratische Staatsform.

Die Soziologie kann auf mehrfache Weise dazu beitragen, die Demokratie aufzuwerten und um neue Dimensionen zu bereichern. Sie stellt erstens die Realität des Wissens und Nichtwissens fest, sagt also dem Politiker, wieviel von dem, was geredet und geschrieben wird, überhaupt bei den Leuten „ankommt“. Auf experimentellem Wege lassen sich auch Methoden finden, um die Kommunikation zwischen Parteien und Wählern zu verbessern. Die Soziologie übernimmt aber auch die Arbeit, politische Probleme durch Beobachtung, Experiment und Analyse zu lösen, noch ehe sich die politischen Parteien propagandistisch festgelegt und die Rückwege verrammelt haben.

In dem auf geisteswissenschaftlicher Grundlage stehenden politischen System ist ein Irrtum blamabel und darf daher niemals zugegeben werden. Die naturwissenschaftliche Soziologie kennt keine Prestigerücksichten. Sie stellt Tatsachen fest — und auf Grund dieser Tatsachen können bessere Parteiprogramme aufgestellt werden. Die Feststellungen des Soziologen sind echt, da sie durch Vorauspropaganda nicht beeinflusst sind. Bei einer Wahl hört eine politische Partei vielfach nur das Echo ihrer eigenen Propagandalautsprecher. Ein Wahlsieg kann eine Bestätigung des politischen Programms sein — aber auch bloß ein Hinweis auf die Qualität und Lautstärke der Lautsprecher. Die exakte Stichprobe gibt hingegen reale, unbeeinflusste Ergebnisse.

Es gibt fast kein Gebiet des öffentlichen Lebens, auf dem nicht durch seriös durchgeführte und wissenschaftlich einwandfreie Forschungen Millionen erspart und Schwierigkeiten beseitigt werden könnten. Die Naturwissenschaft von der Politik ist auch bei uns im Vormarsch. Wir sollten alles tun, um ihr den Weg frei zu machen.



EUCH ALLEN, LIEBE KAMPFGENOSSEN,

BESTE

GLÜCKWÜNSCHE

ZUM

NEUEN

JAHR

UNSEREN OPFERN TREU VERBUNDEN

Der unsichtbare Vorhang

Ist der Antisemitismus tot? Gibt es eine Judenfrage in Österreich? In dieser oder ähnlicher Form werden oft Fragen von ausländischen Besuchern gestellt. Denn nach der großen Katastrophe der Nazibesetzung Österreichs ist die Antwort darauf für viele Menschen der demokratischen Welt zur Barometernadel der Beurteilung geworden. Dies gilt sowohl für Österreich wie auch für Deutschland. Und die typische Antwort selbst: Es gibt ja nur noch wenig Juden! Ein Achselzucken soll weitere Kommentare ersparen. Verlegenheitsantwort oder Unwillen?

Als die deutsche Armee im Jahre 1938 die österreichische Grenze überschritt, lebten in Österreich 200.000 Juden. Als die letzte deutsche Uniform von der Bildfläche Österreichs verschwand, gab es in Wien nur noch einige hundert Juden. Im Laufe der nächsten Zeit kamen einige tausend dazu, als Rückkehrer und Überlebende aus den Konzentrationslagern. Heute sind es 10.000.

Die Überlebenden der großen Katastrophe — und das gilt nicht allein für die Juden — leisteten sich einen folgenschweren Denkfehler. Sie glaubten gleich vielen anderen, ihr Leben an dem Punkt fortsetzen zu können, wo es im Jahre 1938 gewaltsam unterbrochen wurde. Die Enttäuschung war bitter, denn...

Denn es muß doch offen gesagt werden, daß im Vergleich zu anderen besetzten europäischen Gebieten in Österreich ein Teil der einheimischen Bevölkerung selbst mit den Juden aufgeräumt hat. Sie wurden in Österreich abgeschrieben. Je nach Einstellung freute man sich, bedauerte es oder nahm es einfach gleichgültig auf, daß es Juden praktisch nicht mehr gab. Jedenfalls hat man sich mit ihrem Verschwinden abgefunden. „Entschuldigen Sie, wenn ich lebe!“ mußten die Juden in der oder jener Form ihren Nachbarn, ihren Feinden, aber auch ihren Freunden sagen. Und sie bekamen — mit kleinen Ausnahmen — die Antwort: „Wir wußten es nicht!“ Dieser Ausspruch kennzeichnete den ersten Schock der Nachkriegszeit, ein Schuldgefühl, das einer Selbstnarkose bedurfte. Unaufgefordert, hauptsächlich in Gesprächen mit Fremden, gaben die Leute ihrer Phantasie „grünes Licht“. Jeder von ihnen hat mindestens eine jüdische Familie gerettet, und hätte sich jemand Zeit und Geduld genommen, diese „Geretteten“ zusammenzuzählen, so würde ihre Zahl bei weitem die Zahl der seinerzeit in Österreich lebenden Juden überstiegen haben. In dieser Zeit suchte man irgendwie den Nachweis einer jüdischen Versippung, eine jüdische Urgroßmutter — die faktisch existierte oder nicht — nur, um sich,

wie man glaubte, einer Verantwortung an der Mitschuld für das Judenschicksal zu entziehen. Heute will sich natürlich an das alles niemand erinnern.

Da diese Immerklugen ebenfalls von der deutschen Kriegspropaganda infiziert waren und natürlich wußten, daß Hitler die Juden als seinen Feind Nr. 1 bezeichnete, fühlte man instinktiv, Hitler ist geschlagen, folglich haben die Juden „gesiegt“. Die Achtung, freilich aber auch Furcht und Haß gegenüber den siegreichen Besatzungsmächten paarten sich mit den Gefühlen gegenüber den Juden.

Doch das Bild änderte sich schlagartig, als es um einfache, praktische Dinge ging, wie Rückgabe des

Eigentums, der Wohnung usw. Und wer in einer jüdischen Wohnung saß, hatte gar keine Eile, sie zu verlassen. Wer seine Existenz auf einem Unternehmen aufbaute, das er einem Juden gewaltsam abgenommen hatte (oder das ihm die Partei „zugewiesen“ hatte), fühlte sich auf einmal überrumpelt.

Es sollte sich auch bald zeigen, daß die Schwäche der Juden vor allem in ihrer geringen Zahl lag. Denn man lernte in der Zwischenzeit besser rechnen, und das innenpolitische Leben Österreichs basiert ja nicht zuletzt auf Kalkulation: 537.000 registrierte Mitglieder der NSDAP, dazu ungefähr noch einmal soviel HJ plus BdM plus Familien, das macht ein Viertel der österreichischen Bevölkerung aus. Diese Menschen konnte man auf Sicht selbstverständlich nicht vom politischen Leben Österreichs ausschließen. Und so wurde alles zu einer Preisfrage. Um

möglichst ihre Stimmen zu gewinnen, versprach man den ehemaligen Nationalsozialisten das Blaue vom Himmel, genau wie man im Jahre 1945 den heimgekehrten Juden alles mögliche in Aussicht gestellt hatte, und erreichte dadurch eines: Die Nazi, die zum überwiegenden Teil moralisch von ihrer Schuld überzeugt waren, entdeckten jetzt plötzlich, daß sie unschuldig wären. Als Unschuldige setzten sie sich zur Wehr und begannen Forderungen zu stellen. Die Naziversöhnung, die unter dem Titel „innere Befriedung“ zur Parole wurde, schien viel wichtiger als die Wiedergutmachung für Opfer des Faschismus und für Juden und beherrschte nach und nach das politische Bild.

Wie auf allen anderen Gebieten hat auch hier der Ost-West-Konflikt das Seine beigetragen. Die siegreichen Westmächte konnten sich nicht mehr — wie in den ersten Nachkriegsjahren — ihrer vornehmsten Aufgabe und dem ideellen Ziele des Krieges widmen, den Faschismus auszumerzen. Es gab ein wichtigeres



**MIT UNS
FÜR EINE BESSERE ZUKUNFT**

Ziel. Die ehemaligen Nazi hatten eine Atempause, und bald stellte sich heraus, daß sie wie Gras waren, das von schweren Panzern überfahren wurde. Nach einer Zeit, als die Tankketten vorbei waren, hob sich das Gras wieder.

Abgesehen von Neid, Kränkungen der Verhinder-ten, Überheblichkeit, religiösem Vorurteil, Minderwertigkeitskomplexen, basierte der Antisemitismus in Österreich vor 1938 noch auf drei Faktoren, die seinen Trägern unlieb waren: Der starke Anteil der Juden am kulturellen Leben Österreichs, der Anteil an Industrie, Handel und Gewerbe und die Teilnahme der jüdischen Intelligenz am politischen Leben.

Diese drei Faktoren existieren heute praktisch nicht mehr, denn auf allen diesen Gebieten spielen die Juden in Österreich heute eine mehr als bescheidene Rolle. Die Symptome des Antisemitismus sind daher heute auch ganz andere: Er ist leise tretend geworden, schleicht auf Krepptsohlen daher und lebt oft nur im Unterbewußtsein, um hie und da einmal — speziell bei untergeordneten Stellen — lauter zutage zu treten. Die Gefahr aber ist nicht beseitigt. Man kann einfach heute in Österreich nicht eine offene antisemitische Propaganda, etwa wie vor 1938, führen. Die freien Energien müssen sich einen anderen Weg bahnen und nehmen seltsame Formen an. Und da entdecken ge-

wisse Leute plötzlich ihr Herz für die Araber; was man gegen die Juden in Österreich nicht direkt aussprechen kann, wird auf das israelische Geleise zu schieben versucht. Die Reihen der einheimischen Antisemiten wurden aber zum Teil auch durch die Neubürger verstärkt; und viele von ihnen zeigen, daß sie das Alte nicht vergessen und Neues nicht dazugelernt haben. Anders kann man es nicht ausdrücken, wenn das Hauptorgan der Sudetendeutschen in Österreich ein Angebot an die arabischen Staaten macht, die Juden aus deren Wirtschaft zu eliminieren und Sudetendeutsche an ihre Stelle zu setzen („Wegwarte“ vom 26. März 1955).

Inzwischen geht das Leben in Österreich weiter. Nach den anfänglichen Kontakten leben Juden und Nichtjuden in Österreich nebeneinander, getrennt durch einen unsichtbaren Vorhang, der geschaffen wurde von denen, die nicht vergessen können, auch wenn sie es möchten, und von jenen, die nicht erinnert werden wollen.

Elternhaus, Kirche, Schule und gesellschaftliches Leben sind die Hauptstützen der Meinungsbildung in Österreich. Nur diese Faktoren können gemeinsam das Gift des Antisemitismus ausmerzen, das latent unter der Oberfläche fließt.

Stand 548 gibt es nicht mehr „Trojanische Pferde“ auf der Buchmesse in Frankfurt

Bis Sonntag mittag 13 Uhr versorgte Waldemar Schütz, ehemals höherer SS-Führer und heute einer der sechs Landtagsabgeordneten der „Deutschen Reichspartei“ in Niedersachsen, die Besucher des Standes 548 auf der Frankfurter Buchmesse freigiebig mit dem Werbematerial seines Göttinger „Plesse-Verlages“. Schütz verlegt nicht nur Rudel, Grimm, Bardeche und Naumann, sondern neuerdings auch ein Sammelwerk über „Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS“ und schließlich einen umfangreichen Band, enthaltend die „Letzten Aufzeichnungen“ des NS-Ideologen Alfred Rosenberg, die er im Nürnberger Kriegsverbrechergefängnis geschrieben hat: „Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution.“

Schon vor einigen Wochen hatte das Mainzer katholische Bistumsblatt auf dieses Buch aufmerksam gemacht und in scharfen Worten ein Verbot gefordert. Um so erbitterter waren zahlreiche Aussteller und Besucher der Buchmesse, als Schütz ausgerechnet dieses Buch „groß herausstellte“. Die Provokation bekam ihre eindeutige Antwort: einige Verleger, die nicht nur einen wachen Geist, sondern auch kräftige Fäuste besitzen, beförderten Stand 548 mit den Büchern Rudels, Grimms, Naumanns und Rosenbergs vor die Türen der Halle hinaus ins Freie. Herr Schütz verzichtete darauf, den Stand wieder hereinzuholen.

Nun ist der „Plesse-Verlag“ auf der Buchmesse 1955 nicht der einzige, dessen Produktion einen kritischen Betrachter verstimmen muß. Da ist zum Beispiel Leonhard Schlüter, der Zehn-Tage-Kultusminister von Niedersachsen. Er hat in seiner angeblich streng wissenschaftlichen „Göttinger Verlagsanstalt“ unter dem Titel „Volk ohne Führung“ ein Buch herausgebracht, das er auf dem Waschzettel so ankündigt:

„Führungsschichten müssen wachsen, man kann sie nicht wählen noch ohne Berücksichtigung der ihnen eigentümlichen Wachstumsgesetze durch Dekret einsetzen. »Volk ohne Führung« ist nicht zuletzt das Ergebnis einer Siegerpolitik, deren Kriegsziel die Atomisierung und Zersetzung historisch gewachsener Lebens- und Führungsverhältnisse war.“

Wird hier Geschichtsfälschung großen Stils betrieben, so ist es in einem anderen, gleichfalls ausgestellten Buch massenpsychologisch ausgeklügelte Propaganda gegen die Demokratie. Der sonst so angesehene Hans-Dulk-Verlag hat sich dazu verleiten lassen, Hans Domizlaffs „Es geht um Deutschland“ zu verlegen, in dem massive Attacken gegen die demokratische Regierungsform und Staatsstruktur geritten werden, weil

dank der „Urteilsunfähigkeit der Arbeitnehmer“ Demokratie gleich Chaos sei. So meint wenigstens Herr Domizlaff, der schon für Hitler Propaganda machte.

Keine Propaganda für Hitler hat seinerzeit Hans Grimm gemacht. Dafür verherrlicht er ihn heute: „Vor, unter und nach der geschichtlichen Erscheinung Hitler“ heißt das im Klosterhaus-Verlag erschienene dickleibige Gedächtniswerk. Auch der ehemalige Chefredakteur des „Angriffs“, Dr. Julius Lippert, widmet in „Lächle und verbirg die Tränen“ seinem Führer ein „ehrendes Angedenken“: „Läßt sich nicht die Größe einer politischen Persönlichkeit vor allem an dem Grad der Begeisterung und Opferwilligkeit messen; die sie zu wecken versteht?“

Erschreckend allerdings ist auf der diesjährigen Buchmesse das Angebot an Kriegsbüchern, die — wie „Das glückhafte Schiff“, Koehlersche Verlagsgesellschaft — offenbar als geeignete Abenteuerliteratur für die Jugend angesehen werden. Denn wie könnte ein Verlag sonst ein Buch, das von den Taten des Panzerkreuzers „Admiral Scheer“ berichtet, mit den Worten ankündigen:

„Das spannende Erlebnisbuch ist nicht nur für alte und junge Seeleute bestimmt. Es ist so abenteuerlich, daß es jeden fesselt, besonders auch der Jugend eine ganz neue Welt erschließt.“

Was für eine Welt kann der Krieg wohl erschließen? Und wohin führt es, wenn man heute Bücher über das grauenhafte Geschehen des Rußlandfeldzuges als „von Liebe und Kampf durchpulst, überströmend in Glück und zäh in der Erfüllung ihrer Pflicht“ („Der Schienenwolf“, Röhrig-Verlag, Darmstadt) ankündigt?

Was soll damit gesagt sein, daß der „Fridericus-Verlag“, Frankfurt, das Buch „Ein Mann verliert einen Weltkrieg“ von Karlheinz Rieker als den Beweis angesehen wissen will, daß wir den Krieg gewonnen hätten, wenn Hitlers einsame Entschlüsse seinen Generalen nicht immer wieder einen Strich durch die Rechnung gemacht hätten:

„Dieses Buch zeigt, daß bei aller numerischen Überlegenheit der russischen Massen... ein Krieg mit der Sowjetunion für Deutschland nicht von vornherein aussichtslos war, wie ja auch die eindeutigen Siege in den ersten Kriegsmonaten beweisen.“

Das sind die unerfreulichen Zwischentöne der Buchmesse. Werden es im nächsten Jahr mehr oder weniger sein? Auf den Veranstaltern ruht eine schwere Verantwortung.



EWIGES MEMENTO

zug des Deutschland und Europa unterjochenden, wahnsinnigen Diktators und seiner Partei- und Militärmaschine zum Opfer.

Fast die Hälfte der schon jahrelang gepeinigten deutschen Judenheit wurde hingemordet. Und als sich die „verheißungsvollen“ 1000 Jahre in zwölf bittere verwandelt hatten, gab es kaum noch jüdische Heimkehrer. Nur ein kleines Häuflein dem Tode entronnener, körperlich und seelisch zugrunde gerichteter Menschen, die alles verloren hatten, ihre Angehörigen und ihre Habe, war übriggeblieben. Die Toten kehrten nicht zurück.

Das 1794 in einem anderen Zusammenhang gesprochene blutige Wort des französischen Revolutionärs Bertraud Barère „Il n'y a que les morts qui ne reviennent pas“ hatte sich so erneut bewahrheitet.

Als die in aller Welt aufgelegten Suchlisten nach vielen Jahren vergeblichen Wartens kaum eine oder gar keine Antwort gaben, schloß sich vor dem geistigen Auge der jüdischen Gemeinschaft ein unübersehbarer stummer Grabhügel über den jüdischen Nimmerheimkehrern irgendwo in unbekannter Ferne...

Die Gedanken gehen immer wieder zu jener Novembertag zurück und zu jenen Novembertagen; das wird so bleiben für eine unabsehbare Zukunft. Denn der in das letzte „Friedens“jahr fallende 9. November mit seinen an jüdische Kultstätten mutwillig gelegten Feuern, seiner aufgestachelten Zerstörungswut, seiner systematischen Jagd auf Tausende jüdischer Männer und deren grausame Verschleppung in vielfach todbringende Konzentrationslager und Gefängnisse war ein Fanal! Für den sichtbaren Beginn der vom Hitlerregime geplanten „Endlösung der Judenfrage“, aber auch für den mehr fühl- als sichtbaren Beginn einer in Raum und Kreis viel weitergreifenden Katastrophe. Bald schlug die Tür zu, die aus und nach Europa führte und — mit ihr — die Türen der Gaskammern. So fielen Millionen wehrloser Juden dem Vernichtungsfeld-

**STETS BESSER IST ES, DAS RECHTE ZU TUN,
AUCH WENN MAN DAROB VON ALLEN
MENSCHEN VERLASSEN WERDEN SOLLTE,
ALS DAS UNRECHTE IN DER ABSICHT, SICH
EINE GROSSE GEFOLGSCHAFT ZU SICHERN**

MAHATMA GANDHI

Freunde, nicht diese Töne!

Die Wiedereröffnung der beiden Staatstheater, der Burg und der Oper, war wirklich ein großes Erlebnis; nicht nur — oder besser, nicht etwa in erster Linie — für jene Kreise von Finanzaristokraten und Industriemagnaten, die bei den Premieren die Häuser füllten, sondern vor allem auch für Tausende, die die Straße um Burg und Oper säumten und stundenlang ausharrend durch den Lautsprecher verbunden waren mit dem festlichen Akt; jene Zehntausende, die die Fernsehübertragungen miterlebten, und jene Hunderttausende, die am Radio den unsterblichen Tonfolgen Beethovens, Mozarts und aller großen Musiker lauschten. Sie alle haben aber nichts bemerkt von jenen Mißtönen, die in das große Fest des Volkes hineingetragen wurden.

Es begann mit jener unglückseligen Entscheidung, die an Stelle von Goethes „Egmont“ Grillparzers „König Ottokars Glück und Ende“ setzte. Jeder, der diese Aufführung miterlebte, spürte, wie wenig geeignet dieses Stück für die erste große öffentliche Dokumentation des Kulturwillens unseres österreichischen Volkes gewesen ist. Die Langeweile, die den Eröffnungsabend des Burgtheaters auszeichnete, konnte nicht einmal durch die völlig unmotivierte Einfügung eines Kirchenchores gesteigert werden. Im heutigen Österreich kann man eben Goethes Freiheitsdrama nicht ersetzen durch die Verherrlichung der Habsburger-Dynastie und ihrer Rolle bei der Besitznahme von Österreich.

Eine besondere Taktlosigkeit leistete sich jener Teil des Publikums beim Staatsakt in der Staatsoper, der die Erwähnung der Kaiservariationen von Haydn durch Minister Drimmel zu einer monarchistischen Demonstration mißbrauchte, doppelt geschmacklos angesichts der Anwesenheit des Bundespräsidenten, der jene Republik repräsentierte, auf deren Kosten diese saubere Gesellschaft die Wiedereröffnung mitfeiern durfte. Daß dann bei diesem Staatsakt der Staatsoper-

direktor Böhm es für nötig hielt, den feierlichen Moment durch eine Draufgabe „auszugestalten“, gab Zeugnis von wenig gutem Geschmack; daß er aber die Demonstration gegen die Republik und ihre Hymne glaubte fortsetzen zu müssen, indem er unseren von allen geliebten Donauwalzer zur inoffiziellen Volkshymne erklärte, dürfte eher auf mangelnde Einsicht in die Tragweite solcher Äußerungen hindeuten.

Dann bezeichnete Herr Böhm es als eine besondere Fügung des Schicksals, daß es ihm, während dessen Direktionszeit die Oper zerstört wurde, vergönnt sei, bei deren Wiedereröffnung wieder der Direktor des Hauses zu sein. Mußte er uns an seine politische Vergangenheit gerade bei dieser Gelegenheit erinnern? Und mußte er abends bei der Festpremiere des „Fidelio“ das Publikum und vor allem wieder den Bundespräsidenten durch sein verspätetes Erscheinen brüskieren? Uns scheint, daß die bloße Tatsache, daß der Operndirektor ein Vielfaches dessen bezieht, was dem Bundespräsidenten zusteht, einen Künstler noch lange nicht berechtigen würde, den Repräsentanten des österreichischen Volkes und der österreichischen Republik — also seines Dienstgebers — bei einer solchen Gelegenheit warten zu lassen.

Das Opernpublikum, das echte, rechte Wiener Opernpublikum, hat auf alle diese Mißtöne deutlich Antwort gegeben bei der Aufführung der Neunten Symphonie von Beethoven, die Bruno Walter leitete. Der nicht endenwollende Beifallssturm erwies es deutlich, daß erst bei diesem Konzert wieder an die großen Traditionen der Wiener Oper angeknüpft wurde.

Vielleicht bequemt sich auch der Herr Finanzminister dazu, den Mißton wieder aus der Welt zu schaffen, der seinerzeit durch die unwürdige Behandlung eines Pensionsansuchens von Lotte Lehmann aufgekommen ist, die zu den hervorragendsten Künstlerinnen an der Wiener Oper gehörte und in der Zeit der Nazibarbarei freiwillig in die Emigration ging.

Was darf der Mensch?

Vor zehneinhalb Jahren, im April 1945, wurden der Chef der deutschen Abwehr, Admiral Canaris, und vier weitere Widerstandskämpfer im Konzentrationslager Flossenbürg aufgehängt. Zweimal standen die damaligen Vollstrecker dieses Mordes, der ehemalige SS-Staatsanwalt Huppenkothen und der damalige Vorsitzende des Standgerichts, Thorbeck, vor ihren Richtern. Im Jahre 1951 und im Jahre 1952. Sie wurden beide Male freigesprochen. Beide Male hob der Bundesgerichtshof der Deutschen Bundesrepublik diese Urteile auf. Vor dem Schwurgericht in Augsburg wurde nun ein drittes Mal verhandelt und die Angeklagten schuldig gesprochen und zu sieben beziehungsweise vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die dreimaligen Verhandlungen zeigen die politische Problematik, in der sich vieles im Zwielficht abspielte. In diesem Zwielficht standen die Angeklagten, die noch kurz vor Tor-schluß die Mordbefehle des Nazisystems ausführten und sie mit der Kulisse eines Gerichtsverfahrens tarnten. In diesem Zwielficht stand auch Canaris, der ein sehr hohes Spiel spielte und es vier Wochen vor dem Ende verlor.

Mag alles zwielfichtig und problematisch sein. Was aber nicht problematisch ist, ist dies:

daß der Mensch dem Menschen nicht antun darf, was damals in Flossenbürg geschah. Man hat grausige Dinge in diesem Prozeß erfahren. Die letzten Nachrichten des Admirals lauteten: „Nasenbein gebrochen“ und „Sie quälen mich!“ Und man hat auch erfahren, in welchem Zustand der Verhaftete zum Galgen gebracht wurde.

Was darf der Mensch dem Menschen antun? Das darf er ihm nicht antun! Das, was hier ans Tageslicht gekommen ist, und nicht, was in den Konzentrationslagern millionenfach verborgen worden ist. Hier ist nichts mehr problematisch und zwielfichtig. Weil die Angeklagten diese Grenze überschritten, deshalb straft sie das Urteil zehneinhalb Jahre danach zu Recht. Denn unter diese Dinge läßt sich nur ein solcher Schlußstrich ziehen. Kein anderer!

Sieben Jahre für Huppenkothen

Das Schwurgericht Augsburg hat am Samstag, dem 15. Oktober 1955, im fünften Schwurgerichtsverfahren zur Ermittlung der Vorgänge um die Hinrichtung des Admirals Canaris und fünf seiner Männer den ehemaligen Regierungsdirektor im Reichssicherheitshauptamt, SS-Staatsanwalt Huppenkothen, wegen fünf rechtlich zusammentreffender Verbrechen der Beihilfe zum Mord und eines weiteren Verbrechens der Beihilfe zum Mord zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wird, soweit sie zwei Jahre

übersteigt, angerechnet. Der frühere SS-Inspektionsrichter Dr. Thorbeck erhielt vier Jahre Zuchthaus wegen Beihilfe zum Mord in fünf Fällen. Ihm wird die Untersuchungshaft voll angerechnet. Die beiden Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen, soweit darüber nicht bereits entschieden ist. Ferner erließ das Gericht gegen sie Haftbefehl wegen Fluchtverdachts und Verdunklungsgefahr.

Das Münchener Schwurgericht hatte in dem Prozeß von 1951 die gegen Canaris und seine Gruppe gefällten Urteile für Rechtens gehalten, da die Verurteilten schuldig im Sinne der damaligen Anklage und des damaligen Rechtes gewesen seien. Im Gegensatz dazu stellt das Schwurgericht Augsburg fest, es habe darüber zu entscheiden gehabt, ob die beiden Angeklagten „mitschuldig an der Ermordung der sechs Männer“ gewesen seien. Nach der Urteilsbegründung hat die Beweisaufnahme einige ganz klare Erkenntnisse ermöglicht. Danach sind am 5. April 1945 unter Einschaltung des Führerhauptquartiers und Hitlers vom Reichssicherheitshauptamt die Befehle über das Schicksal der „Sonderhäftlinge“ erlassen worden. Am 6. April fand das Standgerichtsverfahren gegen v. Dohnany in Sachsenhausen statt. Admiral Canaris, General Oster, Heereschefrichter Dr. Sack, Pastor Bonhöffer und Hauptmann Gehre wurden am Montag, dem 9. April, gegen sechs Uhr morgens in Flossenbürg nacheinander durch Erhängen hingerichtet. Die beiden Angeklagten, Huppenkothen als damaliger Ankläger und Thorbeck als Vorsitzender des Standgerichtes, haben entgegen ihren Behauptungen bestenfalls am Sonntag, vermutlich aber nur nachmittags, gegen sie verhandelt. Huppenkothen hat der Hinrichtung beigewohnt. Derjenige, der die Verfahren anordnete — sei es Hitler oder Kaltenbrunner — habe keinen Richterspruch, sondern die Liquidation gewünscht. „Er wollte nach außen hin einen papierernen Titel für die bereits beschlossene Beseitigung.“ Den Angeklagten sei das bekannt gewesen.

Das Gericht sieht ferner die langjährige Tätigkeit der deutschen Widerstandsgruppen als erwiesen an. Sie handelten unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Stellung in dem ehrlichsten Bemühen, ihrem bedrängten Vaterland zu helfen. „Absurd sei die Behauptung, gerade diese Bewegung habe den zweiten Weltkrieg heraufbeschworen.“ Das Gericht wies damit Äußerungen des Verteidigers von Huppenkothen in seinem Plädoyer zurück. Nach den Aussagen der Angeklagten habe ein von Hitler angeordnetes Standgericht getagt. Sie hätten angenommen, Hitler selbst sei der Gerichtsherr. Jedes Urteil habe aber der Bestätigung durch den Gerichtsherrn bedurft. Sonst habe es keine Rechtskraft erlangt. „Beide Angeklagte hatten sich in diesem Fall darum zu kümmern, wer der Gerichtsherr war.“ Wenn Hitler es gewesen wäre, so hätten sie sich, wie das Schwurgericht folgert, sehr nachdrücklich um die Vorlage des Urteils, die Einholung der Bestätigung und die Stellungnahme zu den Gnadengesuchen gekümmert. Nichts dergleichen sei geschehen. Es habe ein Befehl vorgelegen, nicht aber eine wirksame Urteilsbestätigung. Einwandfrei sei mit Wissen der Angeklagten ein Scheinverfahren abgerollt. Die Vollstreckung eines solchen Urteils sei rechtswidrig und daher strafbare Tötung.

Bei dieser Sachlage erübrige sich ein ausführliches Eingehen auf die angebliche Gesetzmäßigkeit von Standgerichten. Wer den Befehl erteilt habe, habe sich der vorsätzlichen Tötung von sechs Menschen aus Rache schuldig gemacht. „Die Angeklagten haben diese Morde unterstützt, gefördert und erleichtert.“

Bei der Strafzumessung hat das Gericht den Angeklagten zugebilligt, sie hätten an einen Hoch- und Kriegsverrat der Widerstandsgruppe geglaubt. Die Befehlsgewalt sei für sie von Jugend auf die maßgebende Größe gewesen. Andererseits habe zumindest Huppenkothen etwas gegen die bodenlos unwürdige Form der Hinrichtung unternommen müssen.

Die beiden Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Seidl und Dr. Moser, kündigten nach dem Abschluß des Verfahrens an, es werde sofort Revision beim Bundesgerichtshof beantragt und Haftbeschwerde eingelegt werden.

Niemals vergessen

In memoriam Karl Renner

Als wir vor fünf Jahren Abschied nahmen von ihm, war dies zugleich Abschied von einem Stück Österreich, mit dessen Namen der Namen Karl Renner unlösbar verknüpft ist. Wenn es so ist, daß das ganze Leben nur ein Gleichnis ist, dann war dieses Leben ein einziges Gleichnis für opferfreudige Pflichterfüllung und edelste Bereitschaft im Dienste seines Vaterlandes, im Dienste der Idee des Sozialismus. Karl Renner, der Staatsmann, Karl Renner, der Politiker, Karl Renner, der Österreicher — der Mensch: Er war eine Kraft, die, in der Vergangenheit Österreichs wurzelnd, über die Gegenwart in die Zukunft fortwirkt.

Das Schicksal gönnte ihm, dem Staatsmann, der zweimal die Republik erbaute, vom Gipfel seines Daseins noch einmal kurze Rückschau auf das weite Feld, das er bestellt hatte, zu halten, es gönnte ihm aber nicht, die Ernte dieser Saat miterleben zu dürfen: die volle Freiheit Österreichs, die er kurz vor seinem Hinscheiden in einem flammenden Appell an die gesamte Welt forderte. Mit glasklarer Logik bewies er damals, daß die Besetzung unseres Landes fünf Jahre nach Beendigung des Krieges einen staats- und völkerrechtswidrigen Zustand darstelle:

„... Wir fordern alle Staats- und Völkerrechtslehrer der Welt auf“, so sagte er, „den staatlichen Zustand, in den wir gerieten, zu definieren — ich kann mir kaum eine andere begriffliche Umschreibung dieses Zustandes denken als diese: Hier besteht de facto ein demokratisches Staatswesen, über das de jure kein anderes zu gebieten hat. Kraft dieses tatsächlichen Zustandes kommt diesem Staatswesen von selbst die volle Souveränität zu! Dazu kommt, daß in jedem Fall, wo die besetzenden Mächte nicht eins sind, jede Schiedsinstanz fehlt. Sie ist in den konstitutiven Erklärungen der Mächte einfach nicht vorgesehen: ein prekärer Zustand, der in einzelnen gewichtigen Fällen geradezu einer Rechtsverweigerung gleichkommt...“

Und dann richtete er das Wort direkt an uns. Und aus diesen seinen Worten sprach sein Herz: ein Herz voller Liebe zu diesem Staatswesen, das er zweimal aus dem Chaos in die Ordnung geführt hatte, ein Herz voll Liebe zu jenen, denen er vorgelebt hatte, daß sie nicht mehr Hintersassen einer Nation, sondern wesentlicher Bestandteil des Staates sind. In seinem Wirken widerspiegelte sich der Aufstieg der Sozialdemokratie, der Sozialistischen Partei Österreichs, der Sieg einer Idee, für die er sich dereinst als junger, armer Student begeisterte und der er als Gelehrter und Staatsmann, als Politiker und Mensch bis zu seinem Lebensende diente. Er diente dieser Idee, die zugleich auch die Idee der echten Völkerverständigung und Völkergemeinschaft ist, mit ungebrochenem Optimismus, mit einer Zuversicht, die in seinen letzten Worten so richtig als Vermächtnis zum Ausdruck kam: „Wir Österreicher lassen uns nimmermehr entmutigen... Denn unser ist das Recht und die Vernunft!“

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Hein Hamacher, Jacques Hannak, Manfred Jenke, Franz Kreuzer, Karl Mark, Rudolf Trimmel, Simon Wiesenthal

1943

1. 11.: Moskauer Deklaration; Beschluß der Wiederherstellung der Republik Österreich.

1945

27. 4.: Dr. Karl Renner bildet die Provisorische Staatsregierung. — 5. 7.: Erstes Kontrollabkommen über Österreich. — 7. 8.: Einteilung Österreichs in Besatzungszonen. — 11. 9.: Der Alliierte Kontrollrat nimmt seine Tätigkeit auf. — 24./25. 9.: Erste Länderkonferenz in Wien. — 25. 11.: Die ersten demokratischen Wahlen in Österreich seit dem grünen und braunen Faschismus. — 18. 12.: Der Alliierte Rat bestätigt die erste seit 1930 vom Volk frei gewählte Regierung. — 19. 12.: Das parlamentarische Leben in Österreich wird im vollen Umfang wieder aufgenommen. — 20. 12.: Dr. Karl Renner wird Bundespräsident.

1946

April: Vizekanzler Dr. Schärff und Nationalrat Doktor Pittermann in London: Ihre Aussprache mit Außenminister Bevin schafft die Voraussetzung für das Zweite Kontrollabkommen. — 6. 5.: Die Parteikonferenz der SPÖ legt den „Plan der österreichischen Freiheit fest“. — 28. 6.: Zweites Kontrollabkommen: Wesentliche Erweiterung der rechtlichen Autorität der Bundesregierung.

1947

12. 1. bis 25. 2.: Erste Konferenz der stellvertretenden Außenminister über den Staatsvertrag in London: Ergebnisloses Ende. — 10. 3. bis 4. 4.: Staatsvertragskonferenz der Außenminister in Moskau. Einsetzung einer Kommission zur Klärung der Frage des Deutschen Eigentums. — 6. 5.: Außerordentliche Konferenz der SPÖ: Dr. Schärff referiert über den Staatsvertrag; programmatische Resolution. Innenminister Helmer fordert Heimkehr der Kriegsgefangenen. — 12. 5. bis 11. 10.: Die in Moskau eingesetzte Staatsvertragskommission zur Klärung des Deutschen Eigentums hält in Wien 85 ergebnislose Sitzungen ab. Österreich soll Ablöse bezahlen. — 12. 9.: Der erste Heimkehrertransport aus der UdSSR trifft in Wiener Neustadt ein. — 25. 11. bis 17. 12.: Zweite Staatsvertragskonferenz der Außenminister in London: Überweisung des Problems an die stellvertretenden Außenminister.

1948

20. 2. bis 6. 5.: Staatsvertragskonferenz der stellvertretenden Außenminister beziehungsweise der Sonderbeauftragten in London. UdSSR fordert größten Teil der Ölfelder und 150 Millionen Dollar Ablöse für Deutsches Eigentum. Abbruch wegen der territorialen und Reparationsforderungen Jugoslawiens. Keine Einigung über Deutsches Eigentum.

1949

19. 6.: Abschluß der Außenministerkonferenz der Großen Vier in Paris: UdSSR läßt jugoslawische Gebietsforderungen fallen, Herstellung der Grenzen Österreichs vom 1. 1. 1938, Zahlung von 150 Millionen Dollar innerhalb von sechs Jahren, Sonderbeauftragte sollen bis 1. 9. Gesamtentwurf vorbereiten. — 1. 7. bis 23. 9.: Die Sonderbeauftragten geben ihren Auftrag nach ergebnislosen Sitzungen an die in New York zusammentretende Außenministerkonferenz zurück. — 9. 10.: Zweite Nationalratswahlen in Österreich.

1950

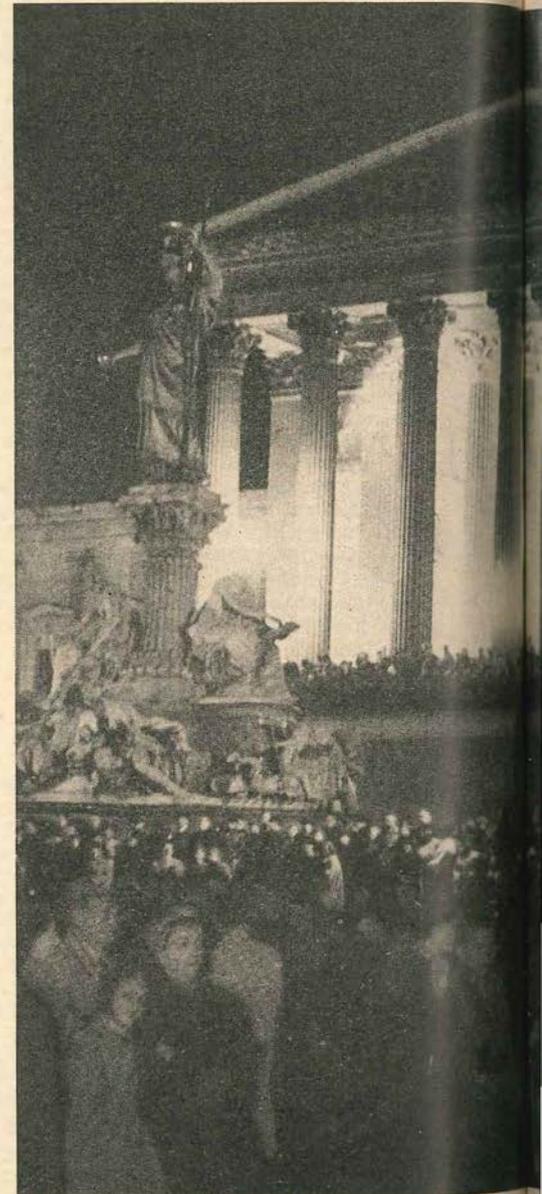
9. 1.: Wiederaufnahme der Staatsvertragsverhandlungen durch die Sonderbeauftragten in London. — 15. 2.: Die 250. Sitzung verläuft — wie alle anderen! — ergebnislos. — 22. 5.: 254. Sitzung in London: Junktim mit Triest! — 5. 10.: KP-Putschversuch in Österreich scheitert an der entschiedenen Abwehr der arbeitenden Bevölkerung. — 15. 12.: Auch die 258. Sitzung der Stellvertreter endet ergebnislos: Vertagung auf Frühjahr 1951. — 31. 12.: Bundespräsident Dr. Karl Renner gestorben.

1951

5. 3. bis 22. 6.: In Paris finden weitere 74 ergebnislose Sitzungen statt. — 6. 5.: Erster Wahlgang der Bundes-

DER WEG ZU

Von der Moskauer Deklaration



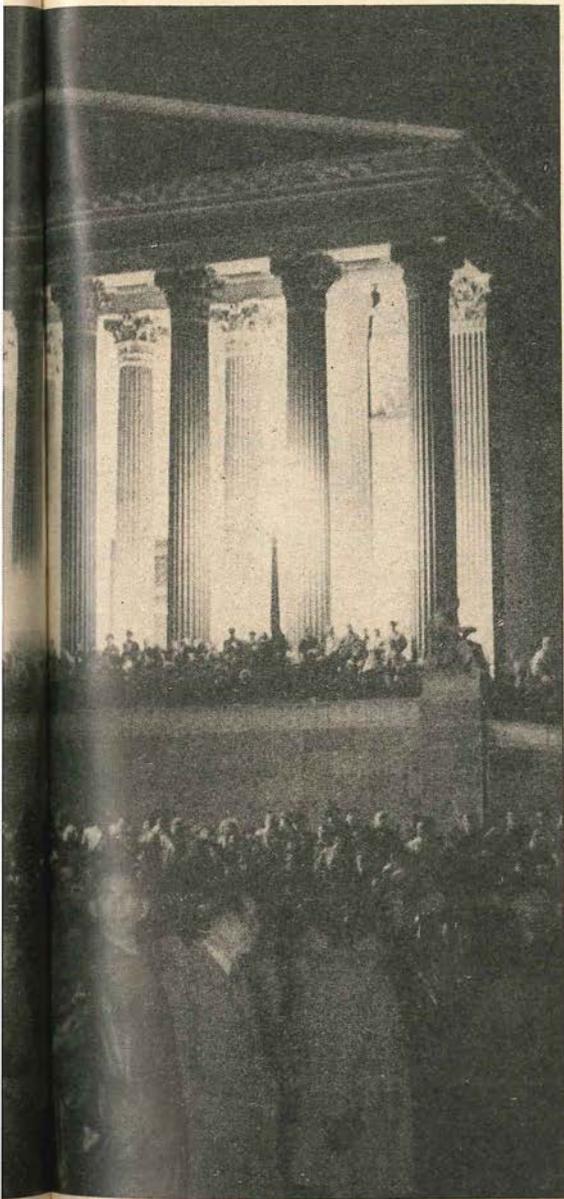
präsidentenwahl in Österreich bringt keine Entscheidung. — 27. 5.: Zweiter Wahlgang. Der Kandidat der SPÖ, Bürgermeister Dr. h. c. Körner, siegt in der Stichwahl über den Kandidaten der ÖVP, Dr. Gleißner, mit 168.615 Stimmen Vorsprung („Körner-Wahl“). — 21. 6.: Angelobung des neuen, zum erstenmal vom Volke direkt gewählten Staatsoberhauptes.

1952

19. 1.: Nach mehreren Appellen der Außenminister der Westmächte (darunter vom 14. 9. 1951) antwortet die

FÜR FREIHEIT

von bis zum Tag der Flagge



UdSSR mit neuerlichem Verlangen nach „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ Österreichs; Triest wieder auf dem Tapet. — 21. 1.: Die UdSSR sagt über ihren Botschafter in London Teilnahme an Staatsvertragssitzungen ab. — März: Vizekanzler Dr. Schärf lenkt während seiner USA-Reise das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf die internationale Bedeutung des Staatsvertrages. — 13. 3.: Die Westmächte überreichen und schlagen Moskau den sogenannten „Kurzvertrag“ („Räumungsprotokoll“) für Österreich vor. — 28. 7.: Die österreichische Bundesregierung erklärt, die Staatsvertragsfrage vor die Ver-

einten Nationen zu bringen. — 5. 9.: Die Westmächte übermitteln gleichlaufende Noten an Moskau: Erweiterung des Kurzvertrag-Vorschlages von 8 auf 12 Punkte; Einladung zu einer Außenministerkonferenz in London für den 29. September. — 27. 9.: Moskau lehnt die westlichen Vorschläge ab und verquickt die Staatsvertragsfrage abermals mit dem Triestproblem. — 23. 10.: Die Staatsvertragsfrage kommt auf die Tagesordnung der UNO. — 20. 12.: Appell der Generalversammlung der UNO an die vier Besatzungsmächte, sie mögen „...erneute, dringend nötige Anstrengungen unternehmen, um über die Bedingungen des Österreich-Vertrages zu einem Übereinkommen zu gelangen und für die rasche Beendigung der Besetzung Österreichs sowie für die volle Ausübung der in seiner Souveränität begründeten Hoheitsrechte durch Österreich Sorge tragen“. Die von Brasilien, Libanon, Mexiko und den Niederlanden unterbreitete Resolution wurde mit 48 Stimmen gegen 2 Stimmen (Pakistan, Afghanistan) bei Absenz des Ostblocks angenommen.

1953

12. 1.: Die Westmächte schlagen der UdSSR neue Verhandlungen auf Grund der UN-Resolution vor. — 28. 1.: Moskau stimmt zu, verlangt aber Zurückziehung des Kurzvertrages. — 6. 2.: In London treten wieder einmal die stellvertretenden Außenminister zu Beratungen zusammen. — 9. 2.: Gromyko verlangt auf der 260. Sitzung ausdrückliche Zurückziehung des Kurzvertrages. — 22. 2.: Dritte Nationalratswahlen in Österreich: die SPÖ geht stimmenmäßig als stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervor. — 2. 4.: Bildung des Kabinetts Ing. Raab-Dr. Schärf. — 8. 6.: Das sowjetische Besetzungselement hebt die Kontrolle an den Demarkationslinien auf. — 30. 6.: Die österreichische Regierung übermittelt der Sowjetregierung eine Denkschrift, in der der Weg diplomatischer Verhandlungen bezüglich des Staatsvertrages als annehmbar erklärt wird. — 30. 7.: Sowjets verzichten ab 1. 8. auf Besatzungskosten. — 14. 8.: Der Alliierte Rat hebt die Viermächtezensur über die internationalen Fernsprechverbindungen auf. — 29. 8.: Die UdSSR verlangt von der österreichischen Regierung klare Antwort bezüglich des Kurzvertrages. — 1. 9.: Auflösung der Interalliierten Kommandantur in Wien, Freigabe des Justizpalastes. — 10. 9.: Österreich verlangt in einer Note an die Großen Vier seine Teilnahme an künftigen Staatsvertragsverhandlungen. — 23. 9.: Österreichs Antwort auf die Sowjetnote vom 29. 8.: „Wenn die UdSSR es ablehnt, den Kurzvertrag zu diskutieren, so wird die Bundesregierung diesen nicht länger unterstützen.“ — 28. 9.: Die UdSSR schlägt Einberufung einer Außenministerkonferenz vor und erklärt sich bereit, auf dem „üblichen diplomatischen Weg“ weiterzuverhandeln. — 26. 11.: Moskau erklärt sich, nach Zurückziehung des Kurzvertragsentwurfes seitens der Westmächte, bereit, an einer Außenministerkonferenz in Berlin teilzunehmen.

1954

5. 1.: Die österreichische Bundesregierung richtet in einer Note an die vier Großmächte den dringenden Appell, die Staatsvertragsfrage auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz (Berlin, 25. 1.) zu behandeln. Diesem Verlangen wird seitens der Großen Vier in entsprechenden Noten stattgegeben. — 25. 1. bis 18. 2.: Außenministerkonferenz in Berlin: Österreich dritter Tagesordnungspunkt. Außenminister Ing. Figl und Staatssekretär Dr. Kreisky in Berlin: Trotz weitgehender Vorschläge seitens Österreich scheitern die Verhandlungen an den unannehmbaren Vorschlägen des sowjetischen Außenministers Molotow. Unsere Parole: Jetzt erst recht: Abzug!

1955

8. 2.: Außenminister Molotow hält vor dem Obersten Sowjet in Moskau eine Rede, die neue Perspektiven für den Staatsvertrag eröffnet: Truppenabzug aus Österreich ist auch ohne vorherigen deutschen Friedensvertrag möglich. — 11. 3.: Das Außenministerium der Sowjetunion gibt bekannt, daß Molotow mit dem österreichischen Botschafter Bischoff zwei Unterredungen hatte. Falls ein Übereinkommen zur Verhinderung eines neuerlichen An-

(Fortsetzung auf Seite 12)

Die Heimkehrer sind da...

Am 16. November kamen mit einem weiteren Transport aus der Sowjetunion vierzig Heimkehrer, die auf Grund des seinerzeitigen österreichisch-sowjetischen Abkommens von den Russen freigelassen wurden, obwohl sie dort als Kriegsverbrecher zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt worden waren. Österreichs scherseits verpflichtet man sich, das Verfahren gegen diese Leute vor österreichischen Gerichten neu aufzurollen, und die Russen übergaben hiezu alle entsprechenden Dokumente.

Obwohl es sich jetzt schon um den dritten Transport dieser Art handelt, ist bis nun nichts darüber bekanntgeworden, daß sich die österreichischen Justizbehörden mit den Verbrechen dieser Heimkehrer befassen. Man weiß nur eines: Sie befinden sich auf freiem Fuß und erfreuen sich einer Freiheit, die sie ihren ehemaligen Opfern auch nicht für eine einzige Minute gegönnt haben.

Manche von diesen Heimkehrern haben sofort die Gelegenheit ergriffen, um aus Österreich zu verschwinden, wie dies zum Beispiel Hiliges, der ehemalige Chef der Innsbrucker Gestapo, getan hat. Hiliges wurde wegen dreifachen Mordes seinerzeit vom französischen Hochgericht zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages wurde er den österreichischen Behörden überstellt. In Österreich auf freiem Fuß gesetzt, flüchtete Hiliges unverzüglich und befindet sich „unbekanntem Aufenthaltsort“.

Mit dem eingangs erwähnten letzten Transport aus der Sowjetunion kamen Gruppen von Wiener Polizisten an, die während der Nazizeit als Schupo-Männer im Generalgouvernement (Galizien) eingesetzt waren und dort die SS und Gestapo in deren blutigem Regime gegen die jüdische Bevölkerung tatkräftig unterstützten und vertraten. Diese Polizisten waren Mitglieder der Exekutionskommandos bei den „Aktionen“ in den Städten Kolomea, Stryj, Drohobycz und Boryslav. Bei diesen „Aktionen“ wurden Tausende von Personen, Männer, Frauen und Kinder, junge, alte, kranke und wehrlose Menschen, auf die infamste und unmenschlichste Weise niedergemetzelt.

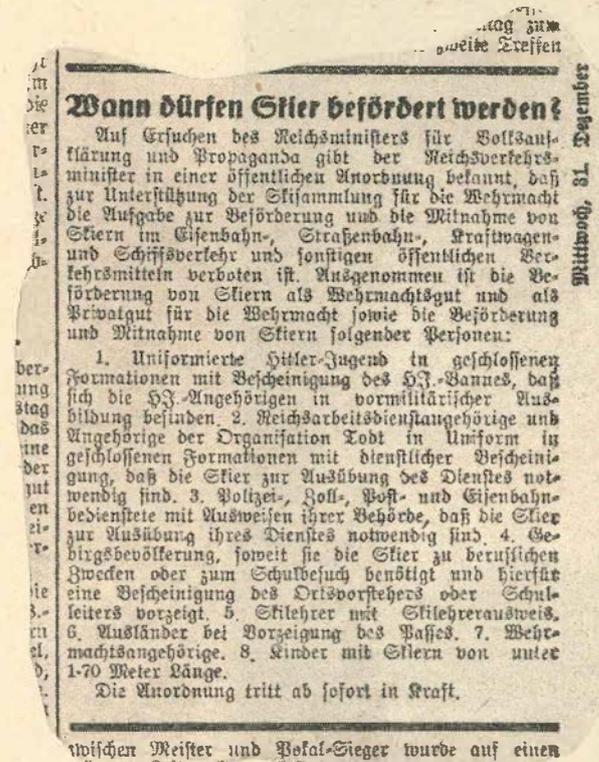
Wir nennen einige Namen dieser „Hüter“ des Gesetzes, die mit dem letzten Transport aus der Sowjetunion zurückgekehrt sind:

Johann Gall, Johann Kranzler, Leopold Mitas, Jakob Schuch, Franz Schipany, Jakob Uitz, Karl Weigel, Josef Pöll, Rudolf Rohrhofer, Franz Venhoda, Alexander Garber, Josef Christament, Alois Bidmon, Ernst Rabara.

Und nun beginnt eine unglaubliche und sensationelle, aber zugleich auch sehr traurige und tragische Geschichte. Alle diese Polizisten wurden nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches von der Wiener

Polizei übernommen. Sie wurden jedoch in den Jahren 1947 und 1948 durch Überlebende der Massenmassaker in den galizischen Städten erkannt und entlarvt. Bei Einvernahmen durch die österreichische Polizei haben diese Polizeiorgane ihre Verbrechen zugeben müssen. Sie haben sich gegenseitig belastet, sie wurden durch Zeugen einwandfrei überführt. Da aber diese Verbrechen auf Gebieten begangen wurden, die heute einen Bestandteil der Sowjet-

Silvester-Reminiszenzen



Niemals wieder!

Habsburgs letzter Minister schreibt

Im Vorjahr starb in Wien Alexander Spitzmüller im Alter von zweiundneunzig Jahren, der letzte, der noch ein Minister Franz Josefs gewesen war. Er hatte wenig Ursache, den Habsburgern dankbar zu sein. Trotz seinen bedeutenden Fähigkeiten wurde er immer nur in aussichtslosen Situationen berufen. So noch in den letzten Tagen der Monarchie, als schon alles verloren war, zum gemeinsamen Finanzminister, dem nur noch die Liquidation des Unternehmens übrigblieb. Nicht anders erging es ihm in der Republik, die ihn damit betraute, die Österreichisch-Ungarische Bank zu Grabe zu tragen und, zehn Jahre später, die zusammengebrochene Creditanstalt zu reorganisieren. Man hätte also meinen können, daß einem Menschen, dem nur unlösbare Aufgaben zuteil geworden waren, die Bitternis der Enttäuschung den Charakter vergällt und verfinstert habe. Daß dem nicht so war, bezeugen seine Lebenserinnerungen, die unter dem Titel „... und hat auch Ursach, es zu lieben“ erschienen sind. Das Erstaunlichste an diesen Erinnerungen ist, daß sie von Spitzmüller in seinem neunzigsten Lebensjahr abgefaßt wurden. Sie sind von bewundernswürdiger Frische und Klarheit des Urteils. Er hatte eine uns fremde Weltauffassung, war ein ebenso tiefgläubiger Katholik wie tiefgläubiger Monarchist und blieb beides bis zu seinem letzten Atemzug. Er hielt Franz Josef für die bedeutendste Herrschergestalt des 19. Jahrhunderts und fand sogar für den Kaiser Karl Worte der Bewunderung und Verehrung. Er war ein Anhänger des liberalen Kapitalismus und lehnte die sozialistische Wirtschaftskonzeption ab; noch die letzten Seiten seines Buches sind eine Polemik gegen die Verstaatlichungspolitik, die die Sozialistische Partei seit 1945 durchgesetzt hat. Er stand also

gesinnungsmäßig in einem ganz anderen Lager. Doch auf einem entscheidenden Gebiet traf er sich mit der sozialistischen Grundauffassung: als ein Christ, dem sein Christentum heiliger Ernst war, wurde er ein Humanist im schönsten Sinne des Wortes, ein Mann, dem Recht und Gerechtigkeit über alles ging.

Darum ist es gar nicht verwunderlich, daß Alexander Spitzmüller die Christlichsoziale Partei nicht geliebt hat:

Ich habe den Zusammenbruch (1918) in verantwortlicher Stellung miterlebt und muß feststellen, daß die Sozialdemokraten das Hauptverdienst daran hatten, wenn dem Umsturz der alten Ordnung nicht ein völliges Chaos oder ein Debakel folgte... Demgegenüber verfügten die Christlichsozialen wohl auch über bedeutende staatsmännische Persönlichkeiten, wie Dr. Ignaz Seipel und Jodok Fink, doch ihre Position unter den Massen war zunächst erschüttert... Es ist der Christlichsozialen Partei leider jedoch auch später nicht geglückt, eine endgültige Konsolidierung des Staates herbeizuführen, und bereits vor der Bedrohung durch den Nationalsozialismus zeigten sich in der Partei unbezweifelbare Verfalls- und Korruptionserscheinungen. (Seite 310.)

Spitzmüller lehnte selbstverständlich auch den ganzen Dollfuß-Mussolini-Kurs ab:

Nur eine Koalition der Christlichsozialen mit den Sozialdemokraten hätte 1933 die innere und äußere Stellung Österreichs sanieren können, wenn ich auch nicht behaupten will, daß eine solche Kombination den Nationalsozialismus auf die Dauer aufgehalten hätte. Ich habe den Eindruck, daß die Sozialdemokraten im entscheidenden Augenblick größere Einsicht und Bereitschaft zeigten als ihre politischen Gegner... Die Art, wie die Sozial-

union bilden, wurde von der Sowjetunion seinerzeit die Auslieferung der Missetäter verlangt. In der Sowjetunion wurden sie, da die Todesstrafe inzwischen abgeschafft worden war, zu lebenslangem Kerker verurteilt.

Nun sind sie nach Österreich heimgekehrt. Sie sind frei und mit ihren Familien vereint. Tausende ihrer Opfer liegen jedoch in Massengräbern. Unter den Heimgekehrten befinden sich zwei weitere prominente Kriegsverbrecher: die Gestapobestie Sanitzer und Dr. Auringer.

Sanitzer folterte und prügelte die Menschen, die in seine Hände gelangten, bis ihnen die Haut in Fetzen vom Rücken fiel, er durchbohrte mit dem Finger ihre Nasenscheidewand, er ließ sie langsam ermorden. Nicht weniger als elf unenschliche Verbrechen konnten Johann Sanitzer, dem ehemaligen Gestapo-Kriminalrat in Wien, direkt nachgewiesen werden. Er wurde seinerzeit durch ein österreichisches Gericht zu lebenslangem Kerker verurteilt und in die Strafanstalt Stein überstellt. Von dort wurde er von den Russen übernommen und in einem neuerlichen Verfahren durch ein sowjetisches Gericht zu einer langjährigen Kerkerstrafe verurteilt. Nunmehr wurde er mit seinem Kumpan Dr. Auringer an Österreich übergeben.

In Österreich sind alle Opfer des blutigen Faschismus, die Überlebenden der großen Katastrophe, über die Freilassung all dieser Massenmörder auf das tiefste erschüttert. Sie können einfach nicht verstehen, wie die österreichische Justiz, wie die österreichischen Behörden so etwas veranlassen, so etwas dulden können. Und sie befürchten, daß die Heimkehr der Mörderpolizisten zu einer Rückkehr in die Reihen der österreichischen Exekutive führen könnte.

Man höre und staune, was unsere Republik den entlassenen Massenmördern bietet, was die entlassenen Unmenschen erhalten:

1200 S Handgeld, Geldbeihilfen bis zu 3000 S von der weils zuständigen Landesregierung, einen Geldbetrag in der gleichen Höhe von der jeweils zuständigen Gemeinde oder vom Magistrat, 2000 S von der Bundesregierung, ein Kleider- und Lebensmittelpaket vom österreichischen Roten Kreuz, einen Erholungsurlaub für zwei Personen für die Dauer von vierzehn Tagen im Wege des Kriegsoffiziersverbandes (eine Ablöse in barem ist vorgesehen), zwei Fahrkarten von den Bundesbahnen für die Hin- und Rückreise nach einem beliebigen Ort in Österreich.

Da kann man nur sagen: Unsere Republik ist wirklich großzügig, wenn es um so „wertvolle“ Heimkehrer geht!

Und was wird die Welt dazu sagen?

demokraten aus den ihnen gesetzlich gebührenden Positionen hinausgedrängt wurden, muß man als rechtlich denkender Mensch ablehnen. Ich meine hier insbesondere die Absetzung von Bürgermeister Seitz, den man meines Erachtens als einen der besten Bürgermeister bezeichnen kann, die Wien je gehabt hat. (Seite 385 f.)

Den frommen Verfassungsbrechern von 1934 sei auch das folgende Zitat ins Stammbuch geschrieben:

Die Einwendung, daß die Sozialdemokraten sich durch offenen Aufruhr — es wurde hier hauptsächlich auf die Vorgänge in Linz verwiesen — schuldig gemacht hätten, ist gänzlich hinfällig. Sie wären selbst nach der Staatslehre des heiligen Thomas von Aquin zum Widerstand gegen eine offenbar unrechtmäßige Regierung berechtigt gewesen. Die Berufung auf ein noch in der Monarchie während des Weltkrieges zustande gekommenes und nicht aufgehobenes Ermächtigungsgesetz, das sich nur auf wirtschaftliche Maßnahmen bezog, bedeutete eine Hypokrisie (Heuchelei) ohnegleichen. (Seite 387.)

So schreibt ein Neunzigjähriger, der ansonsten das ganze Buch hindurch Freund und Gegner mit vornehmer Zurückhaltung und maßvoller Würde behandelt. So tief ist damals die Seele eines echten Katholiken ausgewählt worden.

Nach den Werken Gedyes und Gulicks nun dieses Buch eines Altösterreicher! Gedye, den konnten sie noch einen „Linken“, einen Sozialisten schimpfen. Gulick nannten sie einen ahnungslosen Amerikaner, den die Sozialisten irgendwie beschwindelt hätten. Aber Alexander Spitzmüller, der letzte Minister Kaiser Karls und sein getreuester — was haben die Dollfuß-Verteidiger darauf zu antworten? Das Verbrechen des Austrofaschismus ist gerichtet für alle Zeiten!

Zum Fall Starhemberg

Kühlen Kopf bewahren

Der Verfassungsgerichtshof hat die zwei Gesetze als verfassungswidrig erklärt, die dem ehemaligen Heimwehrführer Starhemberg die Verfügungsgewalt über seine Güter und Schlösser entzogen. Bereits vorher hatten der Oberste Gerichtshof und der Verwaltungsgerichtshof Bedenken über die Verfassungsmäßigkeit dieser Gesetze geäußert. Daraus kann eindeutig geschlossen werden, daß es sich so verhält. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ist keine politische, sondern eine ausschließlich rechtliche.

Das Grundübel, das zu dieser Entscheidung führen mußte, liegt in der Rückstellungsgesetzgebung. Es ist eine Tatsache, daß das Dritte Reich die Güter Starhembergs beschlagnahmte und Starhemberg so als Naziopfer gilt. Wir haben diese Möglichkeit bei der Verhandlung über die Rückstellungsgesetze gesehen und eine entsprechende Regelung gefordert. In der Gesetzgebungsperiode, in der der Beschluß darüber gefaßt wurde, hatte die ÖVP im Parlament eine Mehrheit (1945 bis 1949). Sie war nicht gewillt, eine generelle Gesetzesbestimmung zuzulassen, welche Starhemberg und Konsorten von der Stellung als Naziopfer ausschloß. In der Folgezeit konnten wir die Rückstellung verzögern, aber, wie sich heute ergibt, nicht aufheben.

Wir leben in einem Rechtsstaat. Das Recht bildet den Schutz der arbeitenden Bevölkerung. Man kann Rechtsgrundsätze nicht wechseln wie das Nachthemd. Eine solche Übung könnte sich einmal sehr leicht gegen uns kehren. Bevor wir den Grundsatz des demokratischen Rechtsstaates bekritteln, ist es weit besser, ein Übel hinzunehmen, wie jenes, daß Starhemberg seine Güter zurückbekommt.

Vergessen wir nicht, daß unsere strafgerichtliche Anzeige gegen Starhemberg wegen „Mangels an Be-

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 7. Februar 1956

Zentral-
sparkasse
DER GEMEINDE WIEN
WIEN I. WIPPLINGERSTR. 8
33 ZWEIGSTELLEN

*Unter Haftung
der
Stadt Wien*

weisen“ eingestellt werden mußte! Wir konnten die Zeugen, die für einen erfolgreichen Prozeß notwendig sind, nicht erbringen.

Wenn heute die Kommunisten die Starhemberg-Sache benutzen, um ein Geschrei zu erheben, so können wir ihnen eine einfache Antwort erteilen: Ein kommunistischer Rechtsanwalt, der die KP in allen Rechtsfragen vertritt, ist auch Mitglied des Verfassungsgerichtshofes. Das Starhemberg-Erkenntnis des

Verfassungsgerichtshofes wurde einstimmig gefaßt. Der kommunistische Parteianwalt hat also auch dafür gestimmt. Auch er konnte sich der klaren Rechtslage nicht entziehen. Dazu kommt noch etwas: Wir haben in den Februarwahlen 1953 nicht die Mehrheit erlangt. Es war uns daher nicht möglich, der Starhemberg-Frage jene Rechtsgrundlage zu geben, die unsere Verfassung fordert. Die Preisgabe des Rechtsstaatsprinzips ist dieser mißratene Sohn Österreichs nicht wert!

Die 11. Novelle zum OFG und die Fragen der Wiedergutmachung

Seit 1952 verlangt der österreichische Nationalrat immer wieder, daß eine neue Novelle zum Opferfürsorgegesetz jene Härten beseitige, die schon lange als unerträglich empfunden werden. Wir haben in dieser Zeit wesentliche Verbesserungen neu erreichen können; die Haftentschädigung und die 13. Rente wurden beschlossen, aber die nötigen Korrekturen des Gesetzes scheiterten bisher am Widerstand der Bürokratie. Nun haben sich in diesen Tagen

die Fraktionen der SPÖ und ÖVP in dem Unterausschuß für die 11. Novelle auf die gemeinsamen Vorschläge der beiden Interessenvertretungen, der ÖVP-Kameradschaft und unseres Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, geeinigt.

Bei den Verhandlungen mit den Ministerien soll festgestellt werden, ob die Vorschläge durchgesetzt werden können. Wir sozialistischen Freiheitskämpfer und unsere Vertreter werden mit aller Energie dafür kämpfen und hoffen, daß wir zu einem guten Ende kommen. Damit ist wieder ein bedeutsamer Schritt zur Ausgestaltung der Fürsorge für die Opfer des Faschismus getan.

Der Weg zur Freiheit

(Fortsetzung von Seite 9)

schlusses an Deutschland getroffen wird und Österreich frei von militärischen Bündnissen und Stützpunkten des Auslandes bleibt, bestünde Möglichkeit des Abzugs der Besatzungstruppen vor Abschluß des deutschen Friedensvertrages. — 15. und 16. 3.: Ministerrat und Hauptausschuß des Nationalrates behandeln die Moskauer Unterredung. — 24. 3.: Dritte Unterredung Molotows mit Bischoff: Österreichs Regierungsvertreter nach Moskau eingeladen. — 29. 3.: Der Ministerrat nimmt die Einladung nach Moskau an. Vizekanzler Dr. Schärp, der mit Bundeskanzler Ing. Raab, Außenminister Ing. Figl und Staatssekretär Dr. Kreisky der Regierungsdelegation angehört, besteht auf Forderung nach Rückgabe des Erdöls und der DDSG. — 11. 4.: Abflug der Regierungsdelegation vom Vöslauer Flugplatz. — 15. 4.: Unterzeichnung der Moskauer Protokolle über Rückgabe der Ölfelder, der DDSG und der USIA-Betriebe, Heimkehr der letzten österreichischen Kriegsgefangenen und Internierten. — 26. 4.: Moskau stimmt einer Botschafterkonferenz der vier Großmächte in Wien zu, die den Staatsvertrag zur Unterzeichnung für den 15. 5. vorbereiten soll. — 27. 4.: Zehnjahresfeier der Wiedererrichtung der Republik Österreich. — 2. bis 12. 5.: Die Botschafterkonferenz führt zur vollen Einigung über den Staatsvertrag. — 15. 5.: Unterzeichnung des Staatsvertrages durch die Außenminister der vier Großmächte im Wiener Belvedere. — 25. 5.: Entschließungsantrag aller Parteien im Parlament, betreffend die „immerwährende Neutralität“. — 7. und 8. 6.: Ratifizierung des Staatsvertrages durch Österreich. — 11. 6.: Die UdSSR ratifiziert den Staatsvertrag. — 17. 6.: Die USA ratifizieren den Staatsvertrag. — 7. 7.: Großbritannien ratifiziert den Staatsvertrag. — 12. 7.: Unterzeichnung des Wirtschaftsvertrages über die Ablöselieferungen Österreichs an die Sowjetunion. — 15. 7.: Errichtung eines Amtes für Landesverteidigung. — 27. 7.: Der Staatsvertrag tritt nach Ratifizierung durch Frankreich und Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde in Kraft. Selbstauflösung des Alliierten Rates in einer letzten Sitzung. Übergabe des Sitzungsgebäudes an Österreich. Die 90-Tage-Frist der Räumung beginnt anzulaufen. — 2. 8.: Beginn des Truppenabzugs nach Ost und West. — 13. 8.: Die USIA-Betriebe, das Zistersdorfer Erdöl und die DDSG werden übergeben. Die Räumung und Freigaben nehmen einen raschen Verlauf. — 7. 9.: Der österreichische Nationalrat beschließt das Wehraesetz. — 22. 10.: Wien feiert den Tag der Freiheit. — 25. Oktober 1955: Die 90-Tage-Frist der Räumung ist abgelaufen, der letzte fremde Soldat hat österreichischen Boden verlassen. Österreich feiert den „Tag der Flagge“.

Zur selben Zeit wird ein Gesetzentwurf das Parlament beschäftigen, der einen Hilfsfonds von 550.000.000 Schilling vorsieht, zahlbar in elf Jahresraten, der für jene Opfer des Faschismus und des Nationalsozialismus bestimmt ist, die aus ihrer österreichischen Heimat vertrieben wurden und gezwungen sind, im Ausland zu leben. Damit eröffnet sich uns aber auch ein Weg zur Wiedergutmachung aller Schäden, die den im Inland lebenden Opfern noch immer vorenthalten blieb. Der Hilfsfonds für das Ausland befreit unsere Republik von einer Hypothek auf das erblose Eigentum, das nach dem dritten Rückstellungsgesetz auf Grund eines besonders zu erlassenden neuen Gesetzes erfaßt werden sollte.

Wir fordern, daß dieses Versäumnis bald nachgeholt wird und daß aus ihm ein Hilfsfonds für die Wiedergutmachung an die im Inland lebenden Opfer geschaffen werde. Es ist hoch an der Zeit, daß diese Forderung bald erfüllt wird.

Lebendige Demokratie

Einen Poststempel, den wir mit viel Genugtuung begrüßen, verwendet das Postamt München 1. In kurzen, prägnanten Worten wendet es sich an alle Staatsbürger,



und vielleicht fehlt nur noch das Wort „mitverantworten“, um die Idee ganz zu vervollkommen: Ein praktischer Behördenbeitrag in einer jungen Demokratie. Zur Nachahmung warm empfohlen!

Friedhofsspuk in Neuenbürg

„In dem Schwarzwaldstädtchen Neuenbürg wurde der mit der Hakenkreuzflagge des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes geschmückte Sarg des verstorbenen ehemaligen Reichsarbeitsführers, Generalmajor a. D. Hierl, unter den Klängen des bayrischen Defiliermarsches in die Erde gesenkt. Am offenen Grabe sprach vor einigen hundert Anwesenden die ehemalige Reichsfrauenführerin, Frau Scholz-Klink. Zum Abschluß trat ein ehemaliger RAD-Führer vor und meldete gehorsamst: »Reichsarbeitsführer, Posten richtig übernommen.« Über Art und Auftrag dieser richtigen Übernahme wurde nichts gesagt.“

Diese schlichte Meldung und einen wachsweißen Versuch der Kommentierung (siehe letzter Satz des ersten Absatzes) entnehmen wir der Zeitung „Der Heimkehrer“, Nr. 21, vom 10. November 1955. Wir sind der Ansicht, daß das Treiben der Alt- und Neonazis nun bald zu einem Punkt gekommen ist, wo eine weitere Duldung einem mittelbaren Landesverrat gleichgestellt werden muß. Behörden, die derartiges zulassen — und sei es auf dem Friedhof —, sind Totengräber der Demokratie. Die deutschen Antifaschisten erwarten Strafanzeigen gegen die (ehemals prominenten) Teilnehmer am Neuenbürger Friedhofsspuk. Mindestens das öffentliche Zeigen von Hakenkreuzflaggen ist auch in der Deutschen Bundesrepublik eine strafbare Handlung.

SS auf der Ehrentafel

Im Jahre 1954 ehrte die Gemeinde Bad Aussee die Gefallenen des letzten Krieges durch ein Mahnmal. Auf zwei Marmortafeln waren die Namen der gefallenen Soldaten aus Bad Aussee zu lesen, wobei SS-Angehörige absichtlich ausgelassen worden waren.

Jetzt wurde vor kurzem eine dritte Ehrentafel errichtet, die nun in goldenen Lettern auch von Ehre und Ruhm der gefallenen SS-Männer berichtet.

Ehemaliger KZ-Arzt erhängt sich

Der SS-Arzt Dr. Otto Heidl, der für unzählige Morde im Konzentrationslager Mauthausen verantwortlich ist, sollte sich vor dem Bochumer Schwurgericht als Mitverantwortlicher für die Massenmorde im Frauenkonzentrationslager Stutthof bei Danzig verantworten. Er wurde beschuldigt, zahlreiche Häftlinge in Stutthof durch Phenol-Spritzen getötet zu haben, genau wie er es in Mauthausen, Großrosen und Auschwitz praktiziert hat.

Heidl, der sich in Mauthausen durch besondere Grausamkeit ausgezeichnet hatte, spielte den Vernehmungsunfähigen. Als er jedoch von einer ärztlichen Kommission als völlig gesund erklärt wurde, erhängte er sich in seiner Gefängniszelle.

Des „Führers“ Regisseurin

Der Name Leni Riefenstahl leuchtete einst gar prächtig am nazistischen Filmhimmel, nicht etwa wegen des Könnens dieser Regisseurin, sondern weil sie eine intime Freundin Hitlers war. Die Riefenstahl durfte als „Filmberichterin“ auch bei verschiedenen „Aktionen“ der Hitlerbanden dabei sein, die sich gegen die wehrlose jüdische und polnische Bevölkerung im sogenannten Generalgouvernement richteten, um Aufnahmen für die Naziwochenschau, aber auch für Hitler persönlich zu drehen. So filmte sie — mit umgeschallter Pistole, in Reithosen und SS-Stiefeln — das Massaker von Koneskie und ließ sich auch dort für die Nazizeitungen photographieren.

Nach dem Überfall Hitlers auf Polen waren nämlich Anfang September 1939 in der polnischen Ortschaft Koneskie vier deutsche Soldaten angeblich von Partisanen erschossen worden. Daraufhin mußten alle jüdischen Einwohner dieser Gemeinde mit bloßen Händen ein Grab für die Deutschen graben. Danach wurden sie — einunddreißig an der Zahl — grausam mißhandelt und zuletzt durch „Gnadenschüsse“ ermordet. Die SS-Riefenstahl, die heute im Adenauer-Westdeutschland bereits wieder in der Filmbranche tätig ist, filmte in Ruhe diese Mordtat...

Mau schreibt uns!

Wir antworten!

Grausige Vorstellung

Wegen der kritischen Äußerungen an dem Urteil des Schwurgerichtes Ansbach, das kürzlich den früheren kommandierenden General des XIII. SS-Armee Korps, Simon, und drei weitere Angeklagte freigesprochen hatte, ist von dem Vorsitzenden des Schwurgerichtes, Landgerichtsdirektor Dr. Schmidt, Strafantrag gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hoegner und den Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ Dr. Müller-Meinigen gestellt worden. Hoegner hatte das Urteil als unmöglich bezeichnet und für die neun Richter des Schwurgerichtes in Ansbach den Ausdruck gebraucht: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie anrichten!“

Dazu veröffentlichen wir einen Brief an „Die Gemeinschaft“, das Organ unserer deutschen Genossen, den im Zusammenhang mit dem Ausgang des Prozeßverfahrens zwei mittelbar Betroffene dieses „Standgerichtes“ der SS geschrieben haben.

Liebe Freunde!

Aus dem Freispruch für das Standgericht Simon durch das Schwurgericht Ansbach ergeben sich grausige Aspekte. Was hat sich im April 1945 in Brettheim ereignet? — Der Bauer Hanselmann ist erhängt worden, weil er Hitlerjungen Panzerfäuste abgenommen

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüdereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbüderei!

Die Betriebsbüdereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

**Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

und die Waffen in den Teich geworfen hat, um zu verhindern, daß dieses Dorf von zwei bis drei Kindern verteidigt würde. Der Bürgermeister Gackstatter und der Lehrer und Ortsgruppenleiter Wolfmeyer sind erhängt worden, weil sie furchtlos dieses Todesurteil des Standgerichtes Simon nicht bestätigt haben. Auf Befehl des Standgerichtes mußten die Leichname der drei Erhängten etwa eine Woche lang an den Linden beim Friedhof hängen bleiben. Nun, und weiter? Ein Brettheimer Bürger, der damals zusammen mit Hanselmann die Initiative ergriffen hatte, konnte sich durch Flucht der „Gerechtigkeit“ entziehen. Dieser Mann lebt (genau wie die Herren Simon, Gottschalk, Otto und Smolka). Grauenhaft, sich vorzustellen, daß dieser Mann nach dem Urteil des Schwurgerichtes in Ansbach 1955 konsequenterweise heute gleichfalls zum Tode durch den Strang von einem Standgericht zu verurteilen wäre und mit ihm viele andere Menschen, die durch irgendeine Handlung „materiell rechtlich den Tatbestand der Wehrkraftzersetzung und der Wehrmittelbeschädigung“ erfüllt haben, denn die „Absicht, sein Dorf vor den Zerstörungen zu schützen, spielt keine Rolle“. Grausig die Vorstellung, aber folgerichtig, daß unsere beiden im Kriege nach Brettheim evakuierten Frauen gleichzeitig nachträglich zum Tode verurteilt werden müßten, weil sie, die Kinder auf dem Arm, am 17. April 1945 auf dem Feld von Brettheim den sich bereits nähernden amerikanischen Panzern weiße Tücher gezeigt haben, bevor sie mit einem der Kinder und einer anderen Flüchtlingsfrau durch einen eigenen Granatwerfer den Tod fanden.

Karl W., Will B., (Frankfurt am Main)

Käthe Leichter zum Gedenken

Wir haben in der letzten Nummer unserer Zeitung*) einen Auszug aus dem Brief veröffentlicht, den wir aus Anlaß des 60. Geburtstages der Genossin Käthe Leichter an Genossen Otto Leichter geschickt haben.

Heute drucken wir auch das Schreiben des Genossen Otto Leichter ab, für das wir ihm zugleich bestens danken.

3. September 1955

An den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer
Wien I, Löwelstraße 18

Liebe Genossen und Freunde!

Ich danke Euch vom Herzen für die schönen und tiefgefühlten Worte, die Ihr meinen Söhnen und mir anlässlich von Käthes sechzigstem Geburtstag übermittelt habt.

Das Gefühl tiefer Verbundenheit, das Ihr mir aus diesem Anlaß vermittelt habt, gehört zu den wenigen Dingen, auf die ich stolz bin. Denn in Euren Reihen sind diejenigen, die ich immer verehrt und bewundert habe. Von Euch die Versicherung ewiger Zusammengehörigkeit zu erhalten, ist für mich eine Auszeichnung. Darf ich Euch sagen, daß ich bei meinem Besuch in Österreich im heurigen Frühjahr und Sommer dieses Gefühl der persönlichen Freundschaft für so viele in Euren Reihen wieder erlebt habe. Es gehört bei meinen Besuchen in Österreich und bei meinen persönlichen Verbindungen in Briefen oder Gedanken über den Ozean hinweg immer zu meinen stärksten Bindungen.

Nochmals vielen Dank, daß Ihr auch an uns gedacht habt.

In Freundschaft Euer

Otto Leichter

Gutes über Österreich

Dieser Tage ist ein seit längerer Zeit unterwegs gewesener Brief des Genossen Rudolf Löw eingetroffen, den er an die alten Kampfgenossen des Schutzbundes gerichtet hat. Genosse Löw, der derzeit in Naharia (Palästina) lebt, schreibt darin unter anderem:

Liebe Genossen!

Ich grüße Euch alle auf das freundschaftlichste und hoffe, daß es mir im nächsten oder übernächsten Jahr doch vielleicht möglich sein wird, noch einmal

*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 7/8/9, Juli—September 1955, S. 24.

nach Wien zu kommen, um einmal an einer Eurer Versammlungen oder gar an einer 1.-Mai-Feier teilzunehmen.

Über Österreich hört man hier im allgemeinen nur zufriedenstellende Nachrichten, die ich mit ganz besonderem Interesse verfolge. Die Politik läuft wahrscheinlich noch im alten Geleise, wenn auch die einzelnen Räder verschiedene Geschwindigkeiten eingeschaltet haben, so daß sie schaukelt, schwankt und holpert. Aber Ihr werdet es schon schauen! Neues darüber hoffe ich von Euch direkt zu erfahren, wenn Ihr mir nächstens wieder schreibt.

Bis dahin grüße ich Euch alle auf das beste mit einem herzlichen Freundschaft!

Euer R. L. (Naharia)

Wir haben uns über den Brief, aus dem wir nur einige Zeilen abgedruckt haben, sehr gefreut, und wenn Genosse Löw diese Nummer unserer Zeitung in Händen halten wird, dann soll sie ihm ein Gruß sein aus dem nunmehr freien Österreich, in dem der alte Kampf der Kämpfer für Freiheit und Recht stets wach sein wird: Freiheit!



Ein interessantes Urteil aus Berlin

Urteil des 17. Zivilsenats des Kammergerichtes Berlin vom 23. Mai 1955 — 17 U. Entsch. 859.55 — 192. O. Entsch. 204.54 — Reg. Nr. 78 179 — Entscheidungssammlung Nr. 594.

Zu Recht hat das Landgericht Berlin einem Kläger Entschädigung für die Haftzeit im Lager St-Cyprien ab 1. August 1940 zugebilligt. Denn etwa von diesem Zeitpunkt an war die Einflußnahme der deutschen Besatzungsbehörden in Frankreich auf die französische Regierung in Richtung auf allgemeine jüdenfeindliche Maßnahmen und insbesondere auf eine Fortdauer der Inhaftierung der in Lagern befindlichen jüdischen Ausländer bereits so stark und wirksam, daß nunmehr die Haft keine freie französische Maßnahme mehr darstellte.



Schutzbündler werden gesucht*)

Wir kommen nochmals auf unsere Bitte zurück, uns mitzuteilen, ob einer der Namen bekannt ist, die wir nachstehend anführen.

Diese Genossen sind im Jahre 1934 als Schutzbündler nach Rußland gegangen.

Coufall Bruno, geb. 1895,
Kernteier Ernst,
Klein Josef, geb. 1890 (1895),
Kratochwill Rudolf, geb. 1910,
Maul Herbert, geb. 1900 (1905),
Zöger Franz, geb. 1900 (1905).

Wir bitten sehr, uns Mitteilungen so bald als möglich zugehen zu lassen.

*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 7/8/9, Juli—September 1955, S. 23.

Der Hilfsfonds für politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz im Ausland haben

In der Sitzung des Ministerrates vom 8. November wurde der Entwurf eines Bundesgesetzes angenommen, mit welchem Bundesmittel zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren ordentlichen Wohnsitz im Ausland haben, zur Verfügung gestellt werden (Hilfsfonds). Der Regierungsentwurf wurde unvermittelt dem Parlament zur weiteren gesetzmäßigen Behandlung zugeleitet.

ARBEITERBANK

AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 50 540 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37

Telephon B 26 0 91

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559

Linzer: Weingartshofstraße 3, Telephon 27 8 78

Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Hernals

Henriette Dorner, Isidor Dorner †. Am 28. August 1955 hätte Genosse Dorner seinen siebenzigsten Geburtstag im Kreise der Hernalser Vertrauenspersonen gefeiert, wobei ihm in Anerkennung seiner Verdienste um die sozialistische Arbeiterbewegung die Victor-Adler-Plakette hätte überreicht werden sollen. Ein Herzinfarkt riß diesen treuen und opferbereiten Sozialisten am 7. August 1955 plötzlich aus dem Leben. Genosse Dorner gehörte der Sozialdemokratischen Partei seit dem Jahre 1904 an. Bei der letzten Werbeaktion war er mit elf Neuerwerbungen einer der erfolgreichsten Hernalser Werber. Genosse Dorner wurde in Rußland geboren und war einer der aktiven Teilnehmer an dem in die Geschichte eingegangenen Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“. Im Jahre 1905, nach dem Zusammenbruch der russischen Revolution, mußte er nach Lemberg flüchten. 1914 kam er nach Wien, und seit dieser Zeit war er aktiver Vertrauensmann in Hernalser. Er arbeitete hervorragend auch bei den Kinderfreunden und bei den freien Gewerkschaften mit und war unmittelbarer Mitarbeiter unseres unvergeßlichen Genossen Speiser beziehungsweise des jetzigen Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, Genossen Böhm.



Genosse Dorner mußte 1938 neuerdings außer Landes gehen. Seine Gattin Henriette, die ihm schon seinerzeit auf dem schweren Wege von Rußland über Lemberg nach Wien eine treue Gefährtin gewesen war, begleitete ihn auch dieses Mal. Als er 1947 mit seiner Gattin aus Schanghai zurückkehrte, galt seine ganze Liebe wieder der Partei. Als Fürsorgerat, Sektionsmitarbeiter, Mitglied des Bezirksüberwachungsausschusses usw. wirkte er wie immer bescheiden und hingebungsvoll für die Arbeiterbewegung.

Genosse Dorner war von Beruf Bauingenieur und hat sehr bedeutend an den Wohnhausbauten des Roten Wien in der Ersten Republik mitgearbeitet; auch Wiener Schulen hat er gebaut. Ende des Jahres 1955 hätten Henriette und Isidor Dorner ihr 50jähriges Ehejubiläum gefeiert. Das Schicksal hat es nicht zugelassen, daß diese beiden so wertvollen und guten Sozialisten ihren Freudentag erleben durften. Die Gattin und



Mutter Henriette Dorner ist nur wenige Wochen nach dem Gefährten, am 13. November 1955, gestorben. Sie, die zeitweilig immer dem Gatten gefolgt ist, hat es einfach nicht ertragen, daß er sie nun zum ersten Male verlassen hatte.

Genosse Isidor Dorner wird für uns immer das leuchtende Beispiel eines wahrhaften Sozialisten, Henriette Dorner ein Vorbild einer treuen Weggefährtin und Kampfgenossin bleiben. Wir werden beide niemals vergessen.

Döbling

Karl Holub †. Wir erfahren mit großem Bedauern, daß Genosse Karl Holub nach schwerem Leiden verschieden ist. Genosse Holub, der unermüdet und mit einem ganz großen Idealismus für unsere Sache eingetreten ist, hat sich immer wieder als ein treuer Kämpfer bewährt.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Niemals vergessen!

Aus den Fachgruppen:

Die Wiener Feuerwehr ehrt ihre Toten. Am 30. Oktober 1955 fand beim Mahnmal am Hause der Feuerwehrzentrale „Am Hof“ eine Gedenkfeier für die am 30. Oktober 1944 auf der Schießstätte in Kagran erschossenen Feuerwehrmänner statt.

Eine Abordnung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer legte einen Kranz nieder, und der Vertrauensmann der Feuerwehrmänner, Genosse Klari, hielt eine tief empfundene Ansprache. Er brachte in beredeten Worten zum Ausdruck, daß die Opfer im Kampfe für die Freiheit nicht umsonst waren. Unsere Genossen bei der Feuerwehr hatten unter dem barbarischen Naziregime besonders schwer zu leiden und mußten viele Opfer an Leben und Freiheit bringen. Sie haben mit dazu beigetragen, daß Österreich befreit wurde und das Leid ein Ende fand, welches durch das „tausendjährige“ Reich über unser Land gebracht worden war.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

St. Pölten. Von der Bezirksleitung St. Pölten wurde anlässlich der Befreiung der Zweiten Republik Österreichs am 30. Oktober 1955 eine Gedächtnisfahrt nach Mauthausen unternommen. Der Obmann der Bezirksgruppe, Genosse Rudolf Ziegelwagner, gedachte beim Mahnmal Mauthausen mit ergreifenden Worten der Opfer des Faschismus. Er sagte:

„Genossinnen und Genossen, liebe Freunde! Die Bezirksleitung St. Pölten des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat sie in das KZ-Lager Mauthausen eingeladen, um diese historische Stätte zu besichtigen und zugleich zum 10. Jahrestag der Befreiung Österreichs mit einer Kranzniederlegung allen jenen Dank abzustatten, die hier die Opfer eines grausamen und brutalen Regimes geworden sind.“

Wir gedenken in einer Weiheminute der St.-Pöltner Opfer und der vielen Österreicher, welche man hier ermordet hat.“

Nach der Besichtigung des KZ-Lagers Mauthausen erfolgte die Begrüßung der Gäste durch den Bürgermeister Leopold Hochgatterer und den Obmann der Jugendorganisation der Lokalorganisation Mauthausen. Viele Genossen aus Mauthausen waren zur Begrüßung der St.-Pöltner Genossen erschienen.

Steiermark

Knittelfeld. Im Beisein der Genossen Max Eibegger, Franz Pornigg, Max Dienes und Vertretern der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaft sowie Vertretern von Behörden und Ämtern fand am Allerheiligentag um 10 Uhr auf dem Friedhof zu St. Johann im Felde eine gemeinsame Totenfeier für die Opfer des Faschismus, die Bombenopfer unserer Stadt und die im Weltkrieg Gefallenen statt.

Unter der Leitung des Kapellmeisters Josef Puchner spielte die Bundesbahnerkapelle den Choral „Musica sacra“. Der Arbeiter-Gesangverein „Liedesfreiheit“ unter Chorleiter Michael Piermann trug das Lied „Ruhe sanft!“ vor, worauf Genosse Eibegger eine Gedenkrede hielt. Er verwies in seiner Ansprache darauf, daß der Menschengestirb immer höher strebe und durch die fortschreitende Technik das Weltall erobern und sich die Planeten untertan machen will. Andererseits sei zu beklagen, daß die Menschen und Völker durch Haß so viel Unglück heraufbeschworen, daß wir an diesem Tage in Trauer der unglücklichen Opfer einer solchen Geisteshaltung gedenken müssen. Der Redner ermahnte, Frieden zu halten und in Liebe nebeneinander zu leben. Nie mehr soll so großes Leid über uns kommen, wie wir es bereits erlebt haben.

Mit großer Andacht lauschte die große Trauergemeinde den Worten, worauf vor den Gedenksteinen die Kränze niedergelegt wurden. Ein Kranz mit rot-weiß-roter Schleife wurde von der Sozialistischen Partei, zwei Kränze durch die Gemeindevertretung und ein Kranz durch die Gewerkschaft der Eisenbahner niedergelegt, wobei die Bundesbahnerkapelle das „Lied vom guten Kameraden“ intonierte.

Unser Opfer werden nie vergessen sein.

WIR BITTEN jene Mitglieder, die ihren Betrag für das Jahr 1955 noch nicht zur Gänze bezahlt haben sollten, den restlichen Betrag während der Sprechstunden in ihrer Bezirksgruppe zu erlegen

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

Arbeiter und Angestellte

sparen

*für Anschaffungen und
Urlaubsreisen*

bei der **Zentralsparkasse**

DER GEMEINDE WIEN

(Unter Haftung der Stadt Wien)

Wien I, Wipplingerstraße 8

33 Zweiganstalten

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. U 21 6 20. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Wertertorgasse 9 Mi. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25 a Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Do. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Tolbuchinstraße 8/10, I. Di. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Mo.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Di. 18 bis 20 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
- 15 a. Hackengasse 13 Mi. 17 bis 19 Uhr
- 15 b. Rustengasse 9 Fr. 18 bis 19.30 Uhr
16. Schuhmeierplatz 18 Do. 17 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26 Jeden 1. u. 3. Mi.
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 33 Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Jeden 1. u. 3. Mo.
Breitenfurter Straße 2 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

9. Berggasse 41 Jeden 1. Do.
Parterre (Hausverwaltung) ... 14 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Bezirkssekretariat der
SPÖ, Hauptstraße 42 jeden ersten Sonn-
tag im Monat von
10 bis 11 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 tgl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
der Arbeiterkammer, Bahnhof-
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard
Goritschnig tgl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36, 1. Stock,
Tür 3 Di., Mi., Do.
ab 15 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2 jeden ersten und
dritten Samstag
im Monat von 10
bis 11 Uhr

Salzburg:

Sprechstunden entfallen bis auf
weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
Zimmer 15 Mi. 17 bis 19 Uhr
- Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Salurner Straße 2,
2. Stock, Zimmer 40 tgl. außer Sa.
15 bis 18 Uhr